

**Zukunft für Bayern.
Soziale Politik für Dich.**

**DER VON-BRUNN-PLAN
DER BAYERNSPD.**

SPD Soziale
Politik für
Dich.

Bayerns Wohlstand beruht seit jeher auf Erfindungsreichtum, harter Arbeit, Fortschrittsgeist und unternehmerischem Mut. Unser Wachstum war nie von einem Wettbewerbsvorteil bei billigen Rohstoffen getrieben. Ideen haben uns zu dem gemacht, was wir heute sind. Während das Ruhrgebiet dank günstiger Kohle industrialisierte, war Bayern Pionier der Elektrifizierung. Nicht Schornsteine, sondern Wasserkraft trieb Maschinen an und ermöglichte den Ausbau der Bahn. Rudolf Diesel sorgte dafür, dass die Maschinenfabrik Augsburg nicht mit dem Ende der Dampfmaschine niederging, sondern mit dem Dieselmotor zum Weltkonzern wurde. Bayern lebt vom Fortschritt, nicht zuletzt in der Automobilindustrie.

Dieser Fortschritt ist heute in Gefahr. Es mangelt an Fachkräften und Energie. Auch wegen des schleppenden Ausbaus von Stromnetzen und erneuerbaren Energien in Bayern wird mittlerweile über die Aufteilung Deutschlands in zwei Strompreiszonen diskutiert. Bayern hätte damit dauerhaft einen Nachteil bei Energiekosten. Investitionen in Bayerns Leitindustrien bleiben aktuell aus. Autoexporte sind rückläufig. Wir halten uns an alten Technologien fest, anstatt Neuem, insbesondere der für die Automobilbranche so wichtigen Batterieindustrie, den Weg zu ebnen. Große Industrieunternehmen investieren in Standorte an der Küste, im Osten oder gleich im Ausland, nicht aber in Bayern.

Die Zeit, in der es ausreichte, erreichten Wohlstand zu verwalten, ist vorbei.

Stattdessen übernehmen wir Verantwortung für den zukünftigen Wohlstand:

1. Wir werden **eine eigene bayerische Batterieindustrie aufbauen, anstatt zuzulassen, dass unsere Wirtschaft weiter abgehängt wird.** Bayerische Anlagenbauer, Chemieunternehmen, die Elektroindustrie, sie alle werden neben den Autobauern gebraucht, um Bayern zu einem zentralen Spieler in der Batteriewertschöpfung zu machen. Mit **unbürokratischen Ansiedlungs- und Umbauprämien** unterstützen wir den Aufbau der Produktion. Durch die Zusammenarbeit mit den **regionalen Transformationsnetzwerken** sorgen wir dafür, dass die Förderung auch zu guter Beschäftigung für Bayerns Fachkräfte führt.

2. Wir setzen uns für einen **schnellstmöglich wirksamen, zeitlich begrenzten Industriestrompreis und eine Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum** ein. Damit schützen wir besonders stromkostenintensive Betriebe mit nachhaltigem Geschäftsmodell, die im internationalen Wettbewerb stehen und reduzieren die Auswirkungen des rapiden Kostenanstiegs in der Breite. Denn auch heute noch liegt der Börsenstrompreis fast dreimal so hoch wie vor dem Beginn des Preisanstiegs Mitte 2021.

3. Wir **beenden das Roulette Spiel mit Bayerns langfristiger Energieversorgung.** Die bayerische Staatsregierung hat den Ausbau von Windkraft, Erdwärme und Stromnetzen lange als zu vermeidendes Übel angesehen und ist durch möglichst langsamen Fortschritt mutwillig auf den Exit aus der einheitlichen Strompreiszone und damit auf dauerhaft hohe Strompreise zugesteuert. Wir holen stattdessen den Rückstand beim Ausbau der Erneuerbaren so schnell wie möglich auf und setzen uns für einen **Bund- und Länder-Beschluss ein, der sich zur Erfüllung von Ausbauzielen und zu langfristig einheitlichen Strompreisen in Deutschland bekennt.** Damit diese Ausbauziele erfüllt werden, machen wir sie zur Chefsache: Wir ernennen einen **Landesbeauftragten für Erneuerbare Energien**, der in der Staatskanzlei angesiedelt wird und direkt an den Ministerpräsidenten berichtet. Er stellt sicher, dass die Landesregierung wo immer möglich unterstützt und bürokratische Hürden abbaut, damit erneuerbare Energien und Stromnetze im neuen Deutschlandtempo ausgebaut werden können.

4. Wir **bekämpfen den Arbeitskräftemangel durch den massiven Ausbau der Kinderbetreuung.** Kinder haben für uns die oberste Priorität. Sie werden die Ideen, Technologien und den Wohlstand von Morgen entwickeln. Mit einer **Betreuungsmilliarde** beenden wir den Mangel an Kitaplätzen und setzen den Rechtsanspruch auf Ganztage in Schulen um. Anstatt anderen Bundesländern ihr Fachpersonal abzuwerben, werden wir für die **besten Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher** sorgen.

5. Wir kehren **zu einer nachhaltigen, regelgebundenen Finanzpolitik zurück.** Dazu stärken wir die Finanzierungsgrundlage, indem wir erstens dafür sorgen, dass alle ihre Steuern wie vom Gesetz vorgegeben zahlen und zweitens Immobilienspekulation besteuern. Wir beenden die finanzpolitische Trickserei durch stetig steigende Ausgabenreste, die mittlerweile 20% des Landeshaushalts entsprechen, führen stattdessen eine Konjunkturkomponente ein und beenden die Möglichkeit, durch Veräußerung von Staatseigentum den Haushalt zu sanieren.

Wirtschaftlicher Wohlstand ist für uns nie Selbstzweck, sondern dient der Gesellschaft. Wir werden für eine starke bayerische Wirtschaft sorgen und dafür, dass der Wohlstand auch bei Erzieherinnen, Pflégern, Lehrerinnen, Polizisten und all den anderen, die jeden Tag im Dienst der Gesellschaft Herausragendes leisten, ankommt.

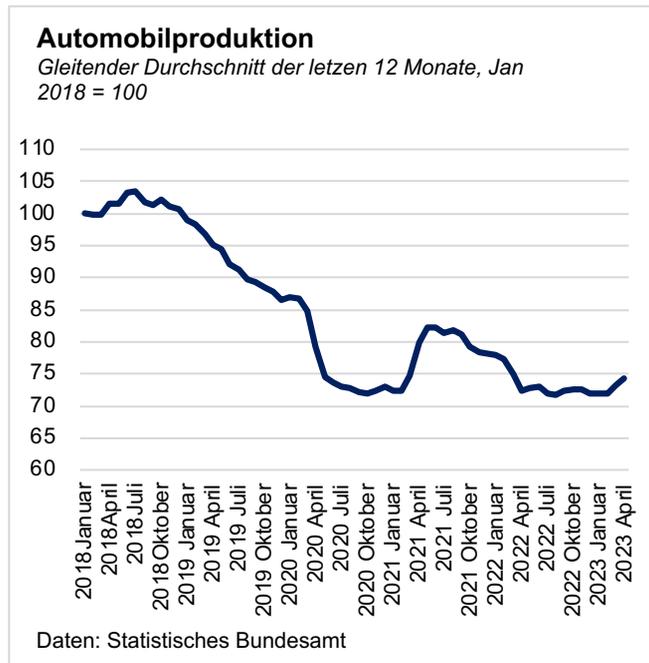


1.

AUFBAU DER BAYERISCHEN BATTERIEINDUSTRIE

1. Aufbau der bayerischen Batterieindustrie

Die bayerische Industrieproduktion ist seit dem Jahr 2018 rückläufig. Insbesondere die Automobilindustrie hat zu kämpfen. Seit 2018 ist das Produktionsvolumen der Automobilhersteller um mehr als 20% zurückgegangen (siehe Chart). Investitionen lagen zuletzt knapp 30% unter dem Niveau von 2018.¹ Dabei ist die Automobilproduktion die Leitindustrie der bayerischen Wirtschaft. Über 1.000 Unternehmen tragen zur automobilen Wertschöpfungskette bei, darunter auch viele mittelständische und kleine Betriebe. Insgesamt hängt an ihr ungefähr ein Drittel der bayerischen Wertschöpfung.² Die bayerische Leitindustrie ist in Gefahr.



Die bayerische Stärke war es, die Zukunft vorzudenken, sie mit Ingenieurskunst Wirklichkeit werden zu lassen und dann in die Welt zu exportieren. Unser Wohlstand beruht nicht auf Bodenschätzen, sondern auf Mut, exzellenter Ausbildung, Innovation und Tatkraft. Insbesondere in der automobilen Wertschöpfungskette sind Qualifikation und Innovation heute gefragter denn je, denn der globale Automarkt steht am Anfang eines rapiden Umbruchs vom Verbrenner zum E-Auto. Während 2022 weltweit 3% weniger Autos verkauft wurden als 2021, stiegen die Verkäufe von Elektroautos um 55%.³ Elektromobilität ist der große Wachstumsmarkt der kommenden Jahre. Gerade in den Teilen der Welt, in denen am liebsten deutsche und bayerische Autos gekauft werden, ist der Weg zu Elektromobilität vorgezeichnet.

Mit der E-Mobilität verändert sich die Wertschöpfungskette. Während früher der Motor zentral war, gehen heute 35–40% der Kosten eines E-Autos auf die Batterie zurück.⁴ Wo in Zukunft die Gewinne anfallen, wird stark von der Konfiguration der Batterieindustrie abhängen. Hier geht es nicht nur um die Produktion von Batteriezellen, sondern zum Beispiel auch um Anlagenbauer, die Fabriken zur Produktion von Zellen ausstatten, Chemieunternehmen, die Chemikalien für die Produktion liefern und die Elektronikindustrie, die Komponenten zum Batteriemangement herstellt.⁵ Die bayerische Industrie ist in einer guten Ausgangslage und hat in diesen Sektoren führende Unternehmen.⁶

¹ Bayerisches Landesamt für Statistik

² <https://www.bayern-innovativ.de/de/seite/bedeutung-der-automobilindustrie-in-bayern>

³ <https://iea.blob.core.windows.net/assets/dacf14d2-eabc-498a-8263-9f97fd5dc327/GEVO2023.pdf>

⁴ https://www.ihk-muenchen.de/ihk/documents/Industrie/BIHK_ifo-Studie_Fahrzeugbau_final.pdf

⁵ https://vdivde-it.de/sites/default/files/document/Studie_Bedeutung_regionaler_Wertschoepfungsstrukturen_Batterieindustrie.pdf

⁶ https://vdivde-it.de/sites/default/files/document/Studie_Bedeutung_regionaler_Wertschoepfungsstrukturen_Batterieindustrie.pdf

Aber obwohl die bayerische Industrie beste Voraussetzungen mitbringt, um auch bei Batterien Weltmarktführer hervorzubringen, geht das Wachstum klimaneutraler Wertschöpfung bisher weitgehend an Bayern vorbei. Es ist Zeit, das zu ändern.

Wir werden gezielt eine Batterieindustrie in Bayern aufbauen. Dazu fördert der Freistaat mit **unbürokratischen Ansiedlungs- und Umbauprämien** den Aufbau klimaneutraler Produktion, sorgt mit der Unterstützung **regionaler Transformationsnetzwerke** dafür, dass die gut ausgebildeten bayerischen Fachkräfte auch in den neuen Industrien ihren Einsatz finden und macht den Ausbau der erneuerbaren Energien zur Priorität (siehe Punkt 2).

US-Präsident Joe Biden hat mit dem Inflation Reduction Act (IRA) gezeigt, was mit unbürokratischer Förderung möglich ist. Der IRA fördert mit Steuergutschriften die Ansiedelung klimaneutraler Produktion unter der Bedingung, dass Unternehmen gute Beschäftigung schaffen und die Wertschöpfung in den USA stattfindet. So müssen sie ihren Beschäftigten mindestens den in der jeweiligen Industrie vorherrschenden Durchschnittslohn zahlen und ab einer gewissen Unternehmensgröße Lehrlinge ausbilden.

Der IRA besticht dabei nicht allein durch sein Finanzvolumen. Pro Jahr rechnet man mit Ausgaben in Höhe von etwas mehr als 0,4% des US BIPs.⁷ Für Bayern entspräche das 3 Mrd. Euro pro Jahr. Zum Vergleich: Das Corona Investitionsprogramm und die Hightech Agenda Plus kosteten allein in 2022 5,8 Mrd. Euro.⁸ Der IRA besticht durch seine Einfachheit. Unternehmen wissen genau, für welche Aktivität sie mit welcher finanziellen Unterstützung rechnen können. Wir werden ein vergleichbares Programm für 2024 und 2025 auflegen, das nach klar definierten Kriterien grüne Produktion mit bis zu 200 Mio. pro Unterfangen fördert.⁹ Zuletzt investierte VW unter einem ähnlichen Programm 10 Mrd. Euro in Elektromobilität in Spanien. Es ist höchste Zeit, dass diese Investitionen sich auch in Bayern niederschlagen.¹⁰

⁷ <https://budgetmodel.wharton.upenn.edu/estimates/2023/4/27/update-cost-climate-and-energy-inflation-reduction-act>

⁸ Freistaat Bayern, Haushaltsplan 2023, S. 33

⁹ Somit hält das Programm die Beihilferegeln Temporary Crisis Framework der EU-Kommission ein, siehe auch https://competition-policy.ec.europa.eu/document/download/ee5b37d2-29a4-4418-8741-f9be1824b3c6_en?file-name=20230309_temporary_crisis_and_transition_framework.zip

¹⁰ <https://www.electrive.com/2023/05/15/eu-approves-spanish-aid-programme-for-ev-batteries/>



2.

**EINFÜHRUNG EINES SCHNELL
WIRKSAMEN INDUSTRIESTROMPREISES
UND SENKUNG DER STROMSTEUER**

2. Einführung eines schnell wirksamen Industriestrompreises und Senkung der Stromsteuer

Der Strompreis ist weiterhin knapp dreimal so hoch wie vor dem russischen Angriffskrieg.¹¹ Auch in anderen Weltregionen ist er gestiegen, aber weit weniger stark. So hat sich Strom für die Industrie in den USA nur um knapp 20% oder gut einen Eurocent verteuert.¹² Damit haben deutsche stromkostenintensive Unternehmen einen wesentlichen Nachteil gegenüber ihren internationalen Wettbewerbern. Die Strompreisbremse adressiert dieses Problem nur ungenügend, da die Detailregelungen der EU-Kommission es vielen Unternehmen schwer machen, die Bremse anzuwenden.

Wir werden uns dafür bei der Bundesregierung für einen möglichst schnell wirksamen, auf fünf Jahre begrenzten Industriestrompreis für stromkostenintensive Unternehmen¹³ einsetzen. Dabei sollte der Industriestrompreis so ausgestaltet werden, dass er Anreize zu marktdienlichem Verhalten und Energieeffizienz erhält.¹⁴ Ein über Zeit ansteigender Preispfad würde Betriebe dazu anhalten, ihre eigene erneuerbare Energieversorgung schnellstmöglich sicherzustellen.

Ein wie beschrieben ausgestalteter Industriestrompreis verhindert, dass temporäre, massive Preisanstiege langfristig tragfähige, im internationalen Wettbewerb stehende Geschäftsmodelle gefährden. Dauersubventionen, die den Staatshaushalt strukturell belasten und sowohl knappe Energie als auch knappe Arbeitskräfte in unrentablen Geschäftsfeldern binden, werden jedoch vermieden.¹⁵

Die stark gestiegenen Stromkosten machen aber auch kleineren Betrieben zu schaffen, die nicht als stromkostenintensiv gelten. Daher werden wir uns zudem für eine Absenkung der Stromsteuer für Gewerbe von 2,05 ct/kWh, bzw. ermäßigt 1,54 ct/kWh auf das nach europäischem Recht zulässige Minimum von 0,05 ct/kWh einsetzen.¹⁶

Der Industriestrompreis und die Senkung der Stromsteuer können kurzfristig helfen, Kostensteigerungen abzufedern – Voraussetzung für langfristig wettbewerbsfähige Stromkosten ist allerdings, dass Bayern schnellstmöglich den Rückstand beim Ausbau von Erneuerbaren Energien und Stromnetzen aufholt: Anderweitig riskiert der Freistaat mutwillig eine Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszonen und damit dauerhaft hohe Strompreise.

¹¹ EEX Base Price, Mittelwert Januar bis Mai 2023 im Vergleich zum Mittelwert Januar bis Mai 2019, 2020, 2021

¹² Durchschnittlicher Strompreis für die Industrie, Mittelwert Januar, Februar 2023 im Vergleich zum Mittelwert Januar, Februar 2019, 2020, 2021; <https://www.eia.gov/electricity/data/browser/#/topic/7?agg=2>

¹³ Siehe EnFG, Abschnitt 4, <https://www.gesetze-im-internet.de/enfg/BJNR127200022.html>

¹⁴ Zum Beispiel, indem der Preis als eine von einer Marktbenchmark abhängigen Vergütung ausgestaltet wird. Die Vergütung könnte sich an der Differenz zwischen Marktbenchmark und Industriestrompreis multipliziert mit 80% des durchschnittlichen historischen Stromverbrauchs des betreffenden Betriebs orientieren. So hätten Betriebe trotz Industriestrompreis einen Anreiz, Strombeschaffung und -verbrauch zu optimieren, ihr Kostenrisiko wäre aber gedeckelt.

¹⁵ Das ist umso wichtiger, da die Kosten der Stromerzeugung in Deutschland aufgrund ungünstiger Voraussetzungen über denen internationaler Wettbewerber liegen werden: https://www.dezernatzukunft.org/wp-content/uploads/2023/03/Zukunft-der-energieintensiven-Industrien-Zwischenbericht-Maerz-2023-Frontier_IW_DZ.pdf

¹⁶ https://ec.europa.eu/taxation_customs/tedb/taxDetails.html?id=4063/1688162400



3.

**EINE LANGFRISTIG ZUVERLÄSSIGE
UND WETTBEWERBSFÄHIGE
STROMVERSORGUNG**

3. Eine langfristig zuverlässige und wettbewerbsfähige Stromversorgung

Bayern hinkt bei dem Ausbau der Windkraft und Übertragungsnetze hinterher. Bis 2030 müssen in Bayern im Durchschnitt jede Woche zwei neue große Windkraftanlagen in Betrieb genommen werden,¹⁷ siebenmal so viele wie 2022.¹⁸ Windenergie ist insbesondere für die Industrie essenziell, da sie konstanter Strom liefert als Solaranlagen. Die Fertigstellung der Stromautobahnen Südlink und Südostlink ist Voraussetzung dafür, dass Bayern von der Windkraft im Norden Deutschlands profitieren kann. Ursprünglich sollten beide Trassen bis 2022 fertiggestellt sein. Wegen verantwortungsloser Verzögerungstaktiken werden sie frühestens 2027 in Betrieb gehen können.¹⁹

Mit dem langsamen Ausbau von Stromnetzen und Windkraft riskiert der Freistaat das Ende der einheitlichen Strompreiszone in Deutschland und damit dauerhaft hohe Strompreise: Hinkt Bayern beim Ausbau hinterher, sorgt das für Engpässe im deutschen Stromnetz, da viel Strom vom Norden in den Süden geschickt werden muss. Die Beseitigung dieser Engpässe über kurzfristige Eingriffe in den Kraftwerkspark ist teuer. Für 2023 schätzen die Übertragungsnetzbetreiber die Kosten auf 11 Mrd. Euro.²⁰ Diese Kosten werden auf alle Stromverbraucher in der deutschen Strompreiszone umgelegt. Je langsamer Bayern ausbaut, desto mehr haben andere Bundesländer einen Anreiz, sich für differenzierte Strompreiszonen einzusetzen. Dazu können dauerhafte strukturelle Engpässe in Strompreiszonen dazu führen, dass die EU-Kommission das Recht bekommt, den Zuschnitt der Strompreiszonen zu ändern.²¹

Es ist also im ureigensten Interesse Bayerns, den Ausbau von Netzen und Erneuerbaren voranzutreiben, um so einem dauerhaften Nachteil bei Strompreisen entgegenzuwirken. Ein dauerhaft wettbewerbsfähiger Strompreis und die Möglichkeit, sich über direkte Verträge (Power Purchase Agreements) bezahlbaren erneuerbaren Strom zu sichern ist ein entscheidender Standortfaktor für stromkostenintensive Betriebe.

Wir werden den Ausbau von Netzen und Windkraft daher nicht mehr länger dem Zufall überlassen und unsere Betriebe dem Damoklesschwert differenzierter Strompreiszonen aussetzen. Stattdessen holen wir den Rückstand beim Ausbau möglichst schnell auf und setzen uns für einen Bund-Länder-Beschluss ein, der sich langfristig zur einheitlichen Strompreiszone bekennt und dazu, dass alle Bundesländer ihre Ausbauziele einhalten.

Ein neu eingesetzter **Landesbeauftragter für erneuerbare Energien** wird in der Staatskanzlei dafür zuständig sein, ein Fortschrittsmonitoring einzurichten und der Staatsregierung regelmäßig über den Ausbau zu berichten, Hürden zu identifizieren, Vorschläge zur Vereinfachung von Verfahren und dem Abbau unnötiger Bürokratie zu machen.

Wichtigste Voraussetzung für einen schnellen Ausbau der Windkraft ist eine ausreichende Bereitstellung von Flächen. In Bayern gilt jedoch weiterhin grundsätzlich die 10H Regel, die dafür sorgt, dass der Ausbau der Windkraft abgewürgt wurde. **Diese werden wir abschaffen.**²²

¹⁷ https://bayernplan-energie.ffe.de/BayernplanEnergie2040_Abschlussbericht.pdf

¹⁸ <https://www.sueddeutsche.de/bayern/energie-muenchen-neue-bilanz-2022-nur-14-neue-windraeder-in-ganz-bayern-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230118-99-266671>

¹⁹ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/stromtrassen-ausbau-in-bayern-hinkt-jahre-hinterher,TA4lo3M>

²⁰ https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Netzreserve/PrognoseNetzSystemsicherheitskosten2022.pdf?__blob=publicationFile&v=2

²¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32019R0943&from=HR>, https://stiftung-umweltenergierecht.de/wp-content/uploads/2019/07/Stiftung_Umweltenergierecht_WueBerichte_44_Gebotszonenkonfiguration.pdf

²² Bereits heute planen die Übertragungsnetzbetreiber nicht mehr mit dem Fortbestand der 10H Regel: https://www.netzentwicklungsplan.de/sites/default/files/2023-03/NEP_2037_2045_V2023_1_Entwurf_Teil1_5.pdf

Aktuell plant Bayern außerdem bis 2027 lediglich – wie vom Gesetz vorgeschrieben²³ – 1,1% seiner Fläche als Vorranggebiete für Windkraft (also als Flächen, die nicht für andere Zwecke als Windkraft genutzt werden dürfen) auszuweisen, weniger als jedes andere Flächenland.²⁴ Heute sind nur 0,5% der bayerischen Fläche ausgewiesen.^{25, 26} In fünf von 18 Planungsregionen – Oberpfalz Nord, Regensburg, Ingolstadt, München und Teile des bayerischen Untermain – existieren aktuell noch gar keine Windkraftpläne.²⁷

Anstatt uns am gesetzlichen Minimum zu orientieren und zuzulassen, dass wir hinter Ländern wie Baden-Württemberg zurückfallen, **werden wir 2% der bayerischen Fläche als Vorranggebiet ausweisen.** Aufgabe des Landesbeauftragten wird sein, die regionalen Planungsverbände²⁸ bei der Erreichung der Zielmarke zu unterstützen und wo immer möglich bürokratische Hürden abzubauen.

Damit auf bereitgestellten Flächen auch möglichst bald Windkraftanlagen stehen, wird der Landesbeauftragte eine **Beschleunigung der Genehmigungsverfahren**²⁹ vorantreiben. Lange Verfahren sind zumeist die Folge umfangreicher Anforderungen für Antragsdokumente. Daher wird auch hier der Fokus auf Bürokratieabbau und Digitalisierung des Genehmigungsprozesses liegen. Sollte festgestellt werden, dass trotz Abbau aller nicht notwendiger Bürokratie die aktuellen Personalkapazitäten nicht ausreichen, wird der Landesbeauftragte Budgetbedarfe identifizieren, um die entsprechende Personalausstattung sicherzustellen.

Damit Windparks und Solaranlagen auch an das Stromnetz angeschlossen werden können, muss der Ausbau des Verteilnetzes deutlich beschleunigt werden. Weder aus wirtschaftlicher, noch aus geo- oder klimapolitischer Perspektive sollten wir es uns heute leisten, erneuerbare Erzeugungsanlagen nicht an das Stromnetz anzuschließen. Dazu entbürokratisieren und digitalisieren wir die relevanten Genehmigungsverfahren, gehen zu einer vorausschauenden Netzplanung über und stocken wo sinnvoll Personal auf.

²³ https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&start=//%5b@attr_id=%27bgbl_122s1353.pdf%27%5d#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl122s1353.pdf%27%5D_1682933503738

²⁴ https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Planung/FA_Wind_Umsetzung_WindBG_Laender_2023.pdf

²⁵ <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/E/EEG-Kooperationsausschuss/2022/laenderbericht-bayern-2022.pdf?blob=publicationFile&v=4>

²⁶ Und das nur inklusive Vorbehaltsgebiete, die nur für die Erreichung der Flächenziele 2027 gezählt werden, nicht aber für die bis 2032 bereitzustellenden Flächen, siehe §3 1a WaLG. Vorranggebiete sind für 0,3% der bayerischen Fläche ausgewiesen.

²⁷ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/windkraft-kommunen-trotz-lockerung-der-10h-regel-skeptisch,T4PFCEL>

²⁸ https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/publikationen/pdf/2023-01-25_Themenblatt_Windenergiesteuerungskonzept_im_Regionalplan.pdf

²⁹ Aktuell 24,8 Monate siehe <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/E/EEG-Kooperationsausschuss/2022/bericht-bund-laender-kooperationsausschuss-2022.pdf?blob=publicationFile&v=10>

Essenzieller Bestandteil eines erneuerbaren Energiesystems sind Speicher. Sie helfen aus schwankender erneuerbarer Stromproduktion ein stetiges Stromangebot zu machen. Einen Teil dieses Speicherbedarfs können E-Autos decken. Zusätzlich bedarf es stationärer Großspeicher. Für Bayern werden laut Fraunhofer Institut bis 2030 solche Großspeicher mit einer Kapazität von ungefähr 16 GW benötigt.³⁰ Idealerweise sollten sie an den Standorten von ehemaligen AKWs und Kohlekraftwerken aufgestellt werden, da es dort die nötigen Netzanschlüsse gibt. An solchen Standorten sind Anschlusskapazitäten von 7,7 GW vorhanden.³¹ Wir werden den Bau der Großspeicher als Projekte von übergeordneter Bedeutung in der Landesbauordnung privilegieren.

Darüber hinaus werden landesweit **Kompetenzzentren** eingerichtet, auf deren Expertise Kommunen zur Planung von Projekten zum Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere auch für Geothermieprojekte und Stromnetze zurückgreifen können. Das reduziert sowohl den Mangel an entsprechenden Experten als auch die Personalkosten der einzelnen Kommunen.

Von einem erfolgreichen Ausbau sollen alle Beteiligten profitieren. Kommunen werden daher über eine verpflichtende Kommunalabgabe von 0,2 ct/kWh am Erfolg des Ausbaus beteiligt.³² Das entspräche einer jährlichen Einnahme pro Windrad von ca. 10.000 Euro. Mit einem Zentrum für Bürgerenergie werden wir die Bildung von Energiegenossenschaften unterstützen.

³⁰ <https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/publications/studies/Fraunhofer-ISE-Batteriespeicher-an-ehemaligen-Kraftwerkstandorten.pdf>

³¹ Ibid.

³² https://foes.de/publikationen/2023/2023-01_FOES_Kurzstudie_finanzielle_Beteiligung_EE.pdf



4.

**EINE BETREUUNGSMILLIARDE
FÜR BAYERNS KINDER, GEGEN DEN
ARBEITSKRÄFTEMANGEL**

4. Eine Betreuungsmilliarde für Bayerns Kinder, gegen den Arbeitskräftemangel

Bayern fehlt nicht nur Energie, sondern auch Arbeitskraft. Mehr als die Hälfte der bayrischen Unternehmen sehen im Arbeitskräftemangel eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung des Freistaats.³³ Im Jahr 2022 fehlten 233.000 Arbeitskräfte, bis 2035 sollen es laut IHK Fachkräftemonitor bereits 1,3 Millionen sein. Gut jede fünfte Stelle bliebe in dem Fall unbesetzt.³⁴ Für dieses Problem gibt es nicht die eine Lösung, viel werden die Betriebe mit unternehmerischer Kreativität bewältigen müssen.

Der Freistaat kann aber zumindest eines tun: Alles daransetzen, dass es zumindest nicht an Kinderbetreuung und Bildung mangelt. Fehlende Betreuungsangebote tragen heute zum Arbeitskräftemangel bei. Eltern müssen im ungünstigsten Fall zuhause bleiben oder ihre Stunden reduzieren, um den aufreibenden Spagat zwischen Erwerbsarbeit und familiärer Verpflichtungen zu bewältigen. Ein unzureichendes Bildungssystem verschärft zudem den Arbeitskräftemangel von morgen. Gute Bildung ist die Grundlage für eine erfolgreiche berufliche Ausbildung und qualifizierte Beschäftigung.

Der frühkindlichen Bildung kommt aktuell eine besonders wichtige Rolle zu. Sie sorgt dafür, dass alle Kinder – auch die, die zuhause nicht oder nur wenig Deutsch sprechen – bei der Einschulung ausreichend Sprachkenntnisse besitzen, um die Chance auf eine erfolgreiche Bildungslaufbahn zu haben. Die kürzlich erschienene IGLU-Studie zeigt, dass dies in Deutschland heute nicht gelingt. Die Lesekompetenz von Kindern, die zuhause nur selten oder nie Deutsch sprechen, hinkt um ca. ein Schuljahr hinterher.³⁵ In Bayern dürfte das ungefähr 20% aller Kinder betreffen.³⁶

Daher sind die **Sicherstellung ausreichender Kita-Betreuung und die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztage in der Grundschule** nicht nur familienpolitische Ziele, sondern auch essenzieller Bestandteil einer erfolgreichen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Beidem steht jedoch der Personalmangel im Weg. Im Jahr 2030 könnten laut Bertelsmann Stiftung für eine gute Betreuung bis zu 67.000 Fachkräfte fehlen.³⁷ Schätzt man die Nachfrage nach Ganztage und Betreuung sehr konservativ und sieht von Qualitätsverbesserungen ab, fehlen immer noch knapp 25.000 Fachkräfte.

Aber anstatt alles zu tun, um die Arbeitsbedingungen in Kitas zu verbessern, spart die Staatsregierung weiterhin wo möglich. Wir werden diesen Trend umkehren und Erzieherinnen und Erzieher endlich wie für unsere Gesellschaft zentrale Leistungsträger behandeln.

Das beginnt mit der Einbettung in heutigen Ansprüchen gerecht werdende **multi-professionelle Teams**. Wir verstärken die Unterstützung durch Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräfte. Dazu **verdoppeln wir die Mittel für den Personalbonus** und passen die Förderkonditionen so an, dass er tatsächlich die notwendigen Unterstützungsleistungen finanziert. Für den Doppelhaushalt 2024/25 erhöhen sich die Kosten damit um gut 500 Mio. Euro. Darüber hinaus stellen wir Erzieherinnen und Erzieher Fachkräfte mit

³³ <https://www.ihk-muenchen.de/de/Service/Fachkr%C3%A4ftesicherung/Unternehmensbefragung-Fachkr%C3%A4ftemangel.html>

³⁴ <https://www.ihk-muenchen.de/de/Service/Fachkr%C3%A4ftesicherung/Arbeitsmarkt-Bayern-bis-2035/>

³⁵ <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/iglu-studie-lesekompetenz-der-viertklaessler-verschlechtert-sich-deutlich/>

³⁶ Eigene Berechnungen auf Basis von https://www.ifo.de/DocDL/ifo_Forschungsbericht_136_Menschen_mit_Migrations-hintergrund.pdf und <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/mehrsprachigkeit-lernvorteil-oder-risikofaktor/>

³⁷ https://www.laendermonitor.de/fileadmin/files/laendermonitor/fachkraefte_radar/Kita-Fachkraefte-Radar_2022.pdf

anderen beruflichen Hintergründen zur Seite, zum Beispiel Psychologen oder Physiotherapeutinnen. Zusammen mit den Trägern und Gemeinden sorgen wir für **flächendeckende Führungskräftebildungen**. Wir werden alles daran setzen, dass Erzieherinnen und Erzieher die Chance haben, den heutigen Ansprüchen gerecht werdende, ganzheitliche Erziehungs- und Bildungskonzepte zu verwirklichen, bei denen die Kinder tatsächlich im Zentrum stehen.

Meinen wir es ernst mit Erzieherinnen und Erziehern als zentralen Leistungsträgern, sollte sich das in der **Qualität der Ausbildung** widerspiegeln. Dazu gehört eine gute Praxisanleitung, die kommt jedoch aufgrund des Arbeitsdrucks in Kitas oft zu kurz. Wir werden daher eine **Teilfreistellung und Gehaltszulage für mit der Praxisanleitung betraute Beschäftigte** einrichten. Hochqualitative Ausbildung kostet Zeit und kann nicht gleichzeitig mit Erziehungsarbeit stattfinden. Spiegebildlich werden wir Studierende von Personalschlüsseln ausnehmen.

Neben der klassischen vierjährigen Ausbildung hat sich die praxisintegrierte, vergütete und verkürzte Ausbildung als Erfolg erwiesen. Bisher durchlaufen sie aber nicht mal ein Viertel der Schülerinnen und Schülern in der Erzieherausbildung an bayerischen Fachakademien.³⁸ Wir **vervierfachen die Zahl der praxisintegrierten, vergüteten Ausbildungsplätze** bis zum Ende der Legislaturperiode. **Dazu werden schrittweise die Haushaltsmittel für Personal aufgestockt**, damit alle Kita Betreuungswünsche erfüllt und der Rechtsanspruch auf Ganztage umgesetzt werden können.³⁹

Um die Finanzierung für eine nachhaltig bessere Kitabetreuung mittelfristig zu sichern und deutlich zu machen, dass wir für dauerhaft bessere Arbeitsbedingungen eintreten und um bis 2026 tatsächlich den Rechtsanspruch auf Ganztage umsetzen zu können, werden wir eine **Betreuungsmilliarde** veranschlagen.

Auch in Zeiten knapper Kassen halten wir das für die bestmögliche Verwendung staatlicher Finanzkraft: Die finanziellen Effekte von Bildungsinvestitionen sind beträchtlich. Bessere Bildung führt zu einem höheren Beschäftigungsniveau und höheren Einkommen. Beides steigert die Steuereinnahmen. Geringere Arbeitslosigkeit reduziert die Sozialausgaben. Die Ökonomen Krebs und Scheffel schätzen, dass eine dauerhafte Steigerung der Bildungsausgaben für Deutschland um 10 Mrd. Euro pro Jahr (entspräche 1,8 Mrd. Euro für Bayern) die Staatsschuldenquote um knapp 5 Prozentpunkte senkt.⁴⁰ Die Förderung von Bildung und Erziehung ist ein Gebot der ökonomischen und finanzpolitischen Vernunft.

³⁸ Im Schuljahr 2021/2022 lag der Anteil der OptiPrax Schülerinnen und Schüler laut dem bayerischen Landesamt für Statistik bei 23%. 2020/2021 lag der Anteil bei 21%.

³⁹ Siehe auch <https://www.bayern.landtag.de/webangebot2/Vorgangsmappe?wp=18&typ=V&drsnr=26798&intranet=#pagemode=bookmarks>

⁴⁰ https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_Oeffentliche_Investitionen_und_inklusives_Wachstum.pdf



5.

RÜCKKEHR ZU NACHHALTIGEN STAATSFINANZEN

5. Rückkehr zu nachhaltigen Staatsfinanzen

Selten war ein finanziell handlungsfähiger Staat, der in den Umbau seiner Wirtschaft und Bildung investieren kann, wichtiger als heute. Wir werden die bayerischen Staatsfinanzen nachhaltig aufstellen, indem wir eine solide Finanzierungsgrundlage sichern, im Haushalt klar priorisieren und zu einer regelgebundenen Finanzpolitik zurückkehren.

Eine solide Finanzierungsgrundlage bedarf zuallererst eines konsequenten Steuervollzugs. Es gehört zu den Grundregeln unseres Zusammenlebens, dass jeder seinen gesetzlich festgelegten Beitrag zum Gemeinwohl leistet. Aktuell ist das in Bayern nicht gewährleistet. Wer in Deutschland Steuern hinterziehen möchte, hat in Bayern gute Chancen. Im Ländervergleich liegen wir bei dem Verhältnis von Personal zu Einkommen-/Körperschaftsteuerfällen nur auf dem 15. Platz, bei dem Verhältnis von Betriebsprüfern zur Zahl der Betriebe auf dem 13. Platz und bei dem Verhältnis von Umsatzsteuersonderprüfern zu Unternehmen sogar nur auf dem letzten Platz.⁴¹ Dazu ist die Finanzverwaltung personell unterbelegt, knapp 10% der Stellen waren 2022 unbesetzt.⁴²

Für einen konsequenten und gerechten Steuervollzug bedarf es einer transparenten und digitalen Steuerverwaltung. Für große Erbschafts- und Schenkungssteuerfälle müssen die nötigen Ressourcen bereitgestellt werden, um der Komplexität der Steuerfälle gerecht zu werden. Es kann nicht sein, dass auf die größten Vermögensschenkungen (ab 20 Mio. Euro) effektiv nur 2% Steuern gezahlt werden. Für Schenkungen bis 0,5 Mio. Euro fällt die Steuer dreimal so hoch aus.⁴³ Betriebsprüfungen bei Großbetrieben sind seit 2018 rückläufig. Diesen Trend werden wir beenden und wieder zu einer stabilen Prüfquote von 20% zurückkehren.⁴⁴ Privatleuten ohne komplexe Einkommensstruktur soll es dafür möglich sein, bei der Lohnsteuer ein Selbstveranlagungsverfahren in Anspruch zu nehmen. Damit gilt die abgegebene Steuerklärung bereits ohne weitere Prüfung als Steuerbescheid. Diese Verfahrensänderungen sorgen für eine Steuerverwaltung die gerechter und effizienter agieren kann.

Wir stärken die Finanzverwaltung und besetzen in einem ersten Schritt die gut 1.400 offenen Stellen. Um die Attraktivität des Einstiegs zu stärken, reizen wir die Möglichkeiten von Leistungsprämien voll aus. In einem zweiten Schritt werden wir die Zahl der Finanzbeamtinnen und -beamten schrittweise von 15.000 auf 20.000 erhöhen. Mehrkosten von 64 Mio. Euro stehen Mehreinnahmen von über 390 Mio. Euro gegenüber.⁴⁵ Motivierte, gut ausgebildete Steuerbeamte generieren aber nicht nur ein Vielfaches ihres eigenen Gehalts an zusätzlichem Steueraufkommen, sie verbessern auch die Erfahrung der Bürgerinnen und Bürger mit dem Staat.

Darüber hinaus stärken wir die Einnahmen des Freistaats und bekämpfen gleichzeitig Bodenspekulation. Nirgendwo sonst wird der Grunderwerb so gering besteuert wie in Bayern: Mit 3,5% statt wie in anderen Bundesländern mit bis zu 6,5%. Das macht Bayern zu einem idealen Standort für Spekulation. Das Risiko bei einem Weiterverkauf keinen Gewinn zu machen ist durch die niedrige Steuer geringer. **Die bayerische Grunderwerbsteuer wird zukünftig gestaffelt.** Für den Erwerb eines selbstgenutzten Eigenheims verbleibt sie bei 3,5%. Wer jedoch ein Wohneigentum erwirbt, ohne es selbst mindestens 10 Jahre zu bewohnen, zahlt in Zukunft eine Grunderwerbsteuer in Höhe von 6%. Das hat langfristig positive Wirkung auf den allgemeinen Wohnungsmarkt. Wenn sich der spekulative

⁴¹ ibid

⁴² <https://www.bayern.landtag.de/webangebot2/Vorgangsmappe?wp=18&typ=V&drsnr=26617&intranet=#pagemode=bookmarks>

⁴³ https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Weitere-Steuern/Publikationen/Downloads-weitere-Steuern/erbschaft-schenkungsteuer-5736101217004.pdf?__blob=publicationFile

⁴⁴ https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/18_0025662.pdf

⁴⁵ ibid

Grunderwerb weniger lohnt, wird das Anwachsen der Grundpreise und damit auch der Mieten abgebremst. Fällt – konservativ geschätzt – auf die Hälfte aller Käufe der höhere Steuersatz an,⁴⁶ führt das zu einem Steuermehraufkommen von 0,8 Mrd. Euro pro Jahr.

Zudem stärken wir die Kommunen in ihrem Kampf gegen die Bodenspekulation. Dazu kommen wir endlich ihrem Wunsch nach,⁴⁷ die Erhebung einer Baulandsteuer zu ermöglichen. So könnten Gemeinden einen erhöhten Grundsteuerhebesatz auf brachliegende, baureife Grundstücke erheben (die sogenannte „Grundsteuer C“) – so wie es in anderen Ländern schon längst beschlossen wurde.

In Zeiten großer Finanzierungsbedarfe ist eine klare Priorisierung von Haushaltsmitteln wichtiger denn je. Wir streichen daher die Fraktionsreserve und **priorisieren dafür die Förderung der Leitindustrien sowie Betreuung und frühkindliche Bildung.**

Zudem führen wir Bayern in eine **regelgebundene, nachhaltige Finanzpolitik** zurück. Erstens verhindern wir zukünftig, dass die Schuldenbremse durch Privatisierung von Staats Eigentum eingehalten werden kann. Bayern ist bei der Einführung der Schuldenbremse einen Sonderweg gegangen und hat darauf verzichtet, finanzielle Transaktionen auszunehmen.⁴⁸ So ist es dem Land möglich, durch den Verkauf von Vermögenswerten den Haushalt auszugleichen.⁴⁹ Das setzt falsche Anreize und ist nicht nachhaltig. Zukünftig werden die Staatseinnahmen und -ausgaben um finanzielle Transaktionen bereinigt. Damit gäbe es keine Anreize mehr, sich mittels Immobilienverkäufen Haushaltsreserven aufzubauen. Zweitens beenden wir die Praxis im Landeshaushalt möglichst große Ausgabenreste zu schaffen, die dann in kommenden Jahren zum Ausgleich konjunktureller Schwankungen genutzt werden können. Das beschädigt die Haushaltstransparenz und widerspricht dem Haushaltsgrundsatz der Jährlichkeit, demzufolge Haushalte immer die Ausgaben und Einnahmen für ein bestimmtes Jahr festlegen (beziehungsweise für zwei Jahre im Fall eines Doppelhaushalts). Die Ausgabenreste überstiegen bereits vor der Coronakrise 10% des Landeshaushalts und beliefen sich 2021 auf 14,5 Mrd. Euro und entsprachen damit 20% des Gesamthaushalts.⁵⁰ Nach Auffassung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs „belegt diese Entwicklung, dass dem Grundsatz der bedarfsgerechten Veranschlagung seit Jahren nicht ausreichend Rechnung getragen wird“.⁵¹ Stattdessen führen wir die vom Bund vorgesehene Konjunkturkomponente ein und ermöglichen so im Rahmen der Schuldenbremse eine der wirtschaftlichen Lage angemessene Finanzpolitik.

Insgesamt übersteigen die Mehreinnahmen und Einsparungen in Höhe von 1,4 Mrd. Euro die geplanten Mehrausgaben von ca. 1,1 Mrd. Euro pro Jahr deutlich und schaffen so einen zusätzlichen Sicherheitspuffer.

⁴⁶ Laut Vermögensbarometer des deutschen Sparkassen- und Giroverbands von 2019 planen 56% der Immobilienkäufer ihre Immobilie ausschließlich selbst zu nützen. Da nicht-private Immobilientransaktionen aber wesentlich höhere Werte haben scheint die Annahme, dass nur 50% des Transaktionsvolumens mit dem höheren Steuersatz von 6% besteuert werden konservativ. <https://www.dsgv.de/sparkassen-finanzgruppe/publikationen/vermoegensbarometer.html#immobilien>

⁴⁷ <https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/politik/detailansicht-politik/artikel/grundsteuer-c-ist-die-einfuehrung-der-baulandsteuer-sinnvoll.html#topPosition>

⁴⁸ <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/wirtschafts-finanz-steuerpolitik/++co++40f2a9c2-cf35-11eb-9060-001a4a160123>

⁴⁹ Tatsächlich war es vor Corona Usus, die Haushaltsplanung durch Entnahmen aus Rücklagen und dem Grundstock – also dem eigenen Vermögen – auszugleichen, siehe S. 115 in https://www.orh.bayern.de/media/com_form2content/documents/c6/a1035/f36/23-03-24%20Jahresbericht%202023.pdf. Laut Bayerischer Verfassung darf das Grundstockvermögen zwar nur für Neuerwerbungen für eben dieses Vermögen genutzt werden, in der Praxis fließen die Gelder jedoch auch anderen Zwecken zu, siehe S. 70f. in https://www.orh.bayern.de/media/com_form2content/documents/c6/a1035/f36/23-03-24%20Jahresbericht%202023.pdf

⁵⁰ 8 Mrd. Euro im Vgl. zu einem Haushalt von 65 Mrd. Euro, vgl. S. 110 in https://www.orh.bayern.de/media/com_form2content/documents/c6/a1035/f36/23-03-24%20Jahresbericht%202023.pdf und S. 3 in https://www.stmfh.bayern.de/haushalt/staatshaushalt_2019/haushaltsplan/Haushaltsgesetz.pdf

⁵¹ Ibid, S. 111

FÜR EINE WIRTSCHAFT IM DIENST DER GESELLSCHAFT.

Bayerns wirtschaftliche Stärke mag manchen wie ein Naturgesetz vorkommen. Bereits seit 2018 erleben wir, dass dem nicht so ist. Insbesondere die Automobilproduktion geht zurück. Hersteller aus den USA und China dominieren den E-Auto Markt und die Batterie-industrie. Seit dem russischen Angriffskrieg setzen hohe Energiepreise die bayerischen Unternehmen zusätzlich unter Druck. Der Strukturwandel ist längst in den Betrieben angekommen. Aussichten auf Arbeitsplätze in neuen, grünen Wachstumsindustrien sind begrenzt, da die Unternehmen aktuell andere Standorte vorziehen.

Wir werden diesen Abwärtstrend beenden und eine bayerische Batterieindustrie aufbauen. Anstatt der Vergangenheit hinterher zu trauern, werden wir Bayerns Autobauer, Anlagenbauer, Chemieunternehmen, Elektronikindustrie und viele mehr dabei unterstützen, einen der größten Wachstumsmärkte der nächsten Jahre zu erschließen. Und zwar so, dass sie gute Beschäftigung für Bayerns Fachkräfte schafft. Den Ausbau der erneuerbaren Energien behandeln wir nicht länger wie eine Bestrafung aus Berlin, sondern machen ihn zur Chefsache. Günstiger Strom aus erneuerbaren Energien ist ein zentraler Standortfaktor und hat damit für uns höchste Priorität. Wir investieren wieder konsequent in die Zukunft – und zwar nicht nur in High-Tech, sondern vor allem in die Köpfe der nächsten Generation. Gute Bildung ist nicht nur ein sozialdemokratisches Mantra, sondern auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Wir sichern die langfristige Handlungsfähigkeit des Freistaats und kehren zu einer regelgebundenen und nachhaltigen Finanzpolitik zurück. Wir sorgen für faire Besteuerung und beenden Haushaltstrickereien. Wirtschaftliche Stärke ist für uns keine Selbstverständlichkeit. Wir setzen alles daran, dass sie auch den nächsten Generationen erhalten bleibt.

Wirtschaftlicher Erfolg ist dabei nie ein Selbstzweck. Er ist vielmehr die Grundlage unseres Wohlstands. Er generiert die Ressourcen, mit denen wir all das finanzieren, das wir als gesellschaftlich wichtig empfinden: Gute Schulen, eine würdige Pflege, moderne öffentliche Infrastruktur, sowie eine lebenswerte Umwelt. Als SPD werden wir uns um die Wirtschaft kümmern und dafür sorgen, dass die Ressourcen so verteilt werden, wie man das von einer Gesellschaft des Respekts erwarten würde. Unser Ziel ist ein Bayern, das sowohl für seine innovativen klimaneutralen Technologien als auch für seine Wertschätzung von Pflegekräften, Lehrerinnen und Lehrer und Erziehungspersonal bekannt ist.